

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausdräger und für Auerstädter die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Nebenspaltenzeitung für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Gelbfennige, auswärtige Anzeigen 25 Gelbfennige, Restime-Beitrag 30 Gelbfennige, amtliche Zeile 25 Gelbfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 234

Dienstag, den 7. Oktober 1924

19. Jahrgang

Eröffnung des Weltfriedenskongresses.

Für Völkerbund und Abrüstung.

Berlin, 5. Okt. Heute vormittag fand in dem mit Lorbeer und Blumen geschmückten Plenarsitzungsaal des Reichstages die feierliche Eröffnungssitzung des 23. Weltfriedenskongresses statt. Musik leitete die Feter ein. Dann ergriff Senator La Fontaine-Belgien das Wort zu der Eröffnungsansprache. Aufgabe des Kongresses sei es, zu prüfen, ob die von den Diplomaten in Genf ausgearbeiteten Vorschläge die diesen Zielen dienen sollen, wirklich geeignet seien, zukünftige Kriege zu verhindern. Die teilweise Abrüstung sei nur ein bescheidener erster Schritt und müsse von einer wirtschaftlichen Abrüstung begleitet sein, denn die Hohlheuten bildeten eine beständige Ursache von Konflikten. Eine einheitliche Union der Welt müsse erreicht werden. Es gelte ferner, die Erziehung der Massen und der Führer zu beeinflussen damit der Friedensgedanke die Oberhand erhalte. Redner schloß mit einer Zukunftsvision, die den Völkerbund als ein exterritoriales Zentrum der Welt erscheinen läßt, als ein Symbol der Vorkherrschaft des Geistes über die Gewalt.

Darauf ergriff der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte und frühere Unterrichtsminister Professor Buisson das Wort. Er gedachte der für die Sache

des Friedens gefallenen Märtyrer und feierte Jaures als den größten Franzosen seiner Zeit.

Frau Bethel-Lawrence-England überbrachte die Grüße der englischen Friedensfreunde.

Sodann begrüßte der Vorsitzende La Fontaine Fritz Hof Ranssen. Die Versammelten erhoben sich ihm zu Ehren von ihren Plätzen.

Ranssen dankte für den ihm bereiteten herzlichsten Empfang und sagte, die Genfer Arbeiten bedeuteten einen großen Schritt vorwärts.

Als nächster Redner nahm der frühere Reichstagspräsident Lobe das Wort. Er gedachte der verstorbenen Vorkämpfer der Friedensidee. Als er den Namen Karl Liebknecht nannte, legte starker Beifall ein. Von der Tribüne rief ein Besucher: Ermordet durch euch! Ihm antworteten Entrüstungskundgebungen anderer Versammlungsteilnehmer. Lobe gedachte Ludwig Franks, Jaures, Wilhelm Försters, Hans Baasches, Erzbergers und Rathenaus, und führte dann aus, die Veteranen der Friedensbewegung hätten jetzt mit Stolz erkennen, daß ihre Saat aufgehe und die Wahrheit marschiere. Er schloß mit der Forderung: Hinein in den Völkerbund, hinein in das Genfer Abrüstungsabkommen!

Mit kurzen Dankesworten des Senators La Fontaine wurde die Sitzung geschlossen.

Der Historikertag gegen die Kriegsschuldfrage.

Brandenburg über die Entstehung des Weltkrieges.

Frankfurt a. M., 4. Okt. Auf der Tagung der deutschen Historiker, die hier gestern ihren Abschluß fand sprach der Leipziger Professor Erich Brandenburg über die Ursachen des Weltkrieges. Professor Brandenburg stellte die Frage: Mühte der Weltkrieg kommen? Die Behauptung, daß er kommen mußte, teilte der Redner nicht weil man sonst die Tätigkeit der Staatsmänner überhaupt negieren würde. Zwei Gruppen von Gegengängen seien es, die die Politiker in der letzten Zeit beeinflusst haben: der Kampf um die vorwiegende Machtstellung und der Gegensatz zwischen den verschiedenen Prinzipien oder Gedankensystemen über die Gestaltung des sozialen Lebens. Frankreich habe im letzten Jahrhundert seiner Geschichte den Kampf um die Vormachtstellung in Europa vor allem mit besonderem Eifer betrieben. Nach dem Aufkommen Deutschlands nach 1871 wurden die europäischen Mächte von dem Gedanken beherrscht daß nun Deutschland eine solche Vormachtstellung erstreben werde. Der Redner unterzog dann die eigentlichen Kriegsparteien der einzelnen Länder einer eingehenden Betrachtung. In England habe zwar auch eine Kriegspartei bestanden, aber einen Einfluß auf die Regierung habe sie nicht gehabt. Wirklichen Einfluß auf die Regierung hätten nur die Kriegsheber in Rußland und Frankreich gehabt.

Die Persönlichkeit des ehemaligen deutschen Kaisers charakterisierte der Redner dahin, der Kaiser sei nicht der starke Mann gewesen, für den er sich selber ausgab. Er sei im Grunde eine schwache Natur gewesen, die jeder starken Natur unterlag. Er habe auch die Politik niemals selbständig geleitet. Auch die Flottenpolitik des Admirals Tirpitz unterzog Brandenburg einer abfälligen Kritik. Manche Aeußerungen des Kaisers und die vielen Unklarheiten der deutschen Politik hätten die anderen Völker mißtrauisch gemacht. Aber niemals habe man in Deutschland an verantwortlicher Stelle den Wunsch nach einem Kriege gehabt. Ein verhängnisvoller Fehler sei es aber gewesen daß man sich von Oesterreich-Ungarn habe ins Schlepptau nehmen lassen. Die Leitung des Dreibundes sei überhaupt nur noch in Wien gewesen. Dann habe sich die Notwendigkeit herausgestellt, als der Konflikt mit Oesterreich und Rußland da war, daß man auch an Frankreich den Krieg erklären mußte. Das habe im Schließenschen Mobilisationspläne gestanden und auf diesen Augenblick habe Frankreich gewartet, weil es diesen Plan kannte. Der Nord von Serajewo sei für die französischen Kriegsheber der langersehnte Anfang gewesen ihren Plan zur Durchführung zu bringen.

Nach diesen Ausführungen machte der Leiter des Historikertages Prof. Dr. Künzel den Vorschlag, folgende Entschlieung anzunehmen:

Die Frage nach der schuldhaften Verantwortlichkeit einzelner Völker, Länder, Parteien oder Personen für den Weltkrieg kann abschließend nur nach Deffnung der Archive der am Kriege beteiligten Mächte, durch gründliche und methodische Quellenforschung entschieden werden. Die Beantwortung dieser Frage durch ein Attest von Diplomaten der Siegerstaaten ist eine Ungeheuerlichkeit, die vordem in aller Weltge-

schichte noch niemals gewagt worden ist. Die erzwungene Unterschrift unter das Schuldbekenntnis des Versailleser Vertrages ist für die Feststellung der wissenschaftlichen Wahrheit ohne jede Bedeutung.

Mit der Annahme dieser Entschlieung schloß dann die Tagung der deutschen Historiker.

Wirtschaftliche Räumung am 21. Oktober.

Die Anleihschwierigkeiten werden überwunden.

Berlin, 4. Okt. Die Berliner Blätter erfahren von zuständiger Stelle, daß die Anleihsverhandlungen in London befriedigende Fortschritte machen. Die vorhandenen Reibungen seien technischer Natur und würden überwunden werden. Die wirtschaftliche Räumung ist auf den 21. Oktober festgesetzt.

Auf Grund besonderer Information meldet die Brüsseler Zeitung „Nation“ aus Paris, die Verteilung der europäischen Quote an der 800-Millionen-Anleihe sei folgende: England 10, Frankreich, Holland und die Schweiz je 3 Millionen, Schweden, Italien und Belgien je 1 1/2 Millionen Pfund. Die belgische Regierung sei für die Zeichnung der 1 1/2 Millionen Pfund „nicht eingenommen“ und die belgischen Banken nehmen eine „ganz kühle Haltung“ ein. Die Verhandlungen gingen weiter. Die französische Regierung werde von amerikanischer Seite durch die Inauskunftstellung einer Anleihe von 20 Millionen Pfund bearbeitet, ihren Widerstand gegen die Anleihe aufzugeben. Die amerikanischen Bankiers sollen 5, die europäischen 1/2 Prozent Kommissionsgebühr erheben.

Mussolini über Deutschlands wirtschaftliche Erstarung.

Mailand, 5. Okt. Mussolini hat gestern eine bedeutende Rede gehalten die mit dem Kongreß der Liberalen in Livorno zusammenhing. Er versuchte die Ergriffung der Macht durch den Faschismus zu rechtfertigen und erklärte, daß er trotz der ihm vorgeworfenen zäsurischen Tatkunde doch ein treuer Diener der Monarchie sei. Dann kam Mussolini auf wirtschaftliche Probleme zu sprechen und führte u. a. aus: Ein neuer Stern erhebt sich über den Horizont, der Stern Deutschlands. Deutschland, das wir vernichtet glaubten, ist schon wieder bereit. Es bereitet sich furchtbar auf seine wirtschaftliche Wiedererstarung vor. Im Jahre 1925 wird es den Kampf beginnen, um die Märkte zu erobern. Glauben Sie, daß wir uns mit Spielzeug für den inneren Gebrauch unterhalten können, während wir morgen Prüfungen gegenübersehen werden, in denen es sich entscheidet, ob wir am Leben bleiben oder nicht, ob wir zu einer Kolonie werden oder eine Großmacht bleiben.

Die englische Kabinettskrise.

Basel, 5. Okt. Die Basler „Rationalisierung“ telegraphiert aus London: Nach den „Daily News“ werde der liberale Zusatzantrag zur Entschlieung Baldwins die Krise der englischen Regierung aufhalten. Die Zeitung fügt hinzu, die liberale Partei habe keinen Grund, Neuwahlen jetzt zu wünschen. Der „Daily Express“ schreibt, daß die Liberalen auch in der Frage des Sowjetvertrages sich zu einem Kompromiß herbeilassen werden, da sie sich überzeugt hätten, daß das Land keine Neuwahlen wünsche.

Die hilfsbereiten Volksparteiler.

Die Drohung mit der Regierungskrise.

Berlin, 4. Okt. In der heutigen Pressekonferenz der Deutschen Volkspartei wurde von maßgebender Seite erklärt, die Deutsche Volkspartei habe Verhandlungen des Kanzlers mit der Deutschnationalen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei über eine Erweiterung der Regierung nur unter der Voraussetzung zugestimmt daß die notwendige programmatische und parteitaktische Klärung unverzüglich erfolge. Scheitern der Versuch der Bildung einer Regierung von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, so müsse alsbald über die Hinzuziehung nur der Deutschnationalen Volkspartei verhandelt werden, deren bisherige Stellungnahme der Klärung bedürfe. Die Regierungserweiterung durch Zuziehung der Deutschnationalen dürfe nicht an prinzipieller Ablehnung durch Fraktionen der Mitte scheitern. Sollten Zentrum und Demokraten sich einer Erweiterung der Reichsregierung nach rechts versagen so würde sich die Deutsche Volkspartei ihre Handlungsfreiheit vorbehalten.

Diese volksparteiliche Erklärung ist Bassam auf die deutschnationalen Wunden. Die Deutschnationalen sind durch die prinzipielle Zustimmung der Sozialdemokratie, an einem Kabinett auch mit den Deutschnationalen unter bestimmten Voraussetzungen teilzunehmen, bekanntlich in äußerster Verlegenheit versetzt worden, und sie segnen die Hand des volksparteilichen „Führers“ Scholz die sich ihnen hilfreich entgegenstreckt. Man denke: wenn die Regierung der „Volksgemeinschaft“ der alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen angehören sollen, an der Ablehnung der Deutschnationalen und trotz der prinzipiellen Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten, scheitert, so will die Deutsche Volkspartei nicht etwa den widerwertigen Deutschnationalen sagen, es müsse dann eben ohne sie gehen. Sie will dann die bereitwillige Sozialdemokratie zurückschleppen und nun erst recht den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung verlangen. Die Deutschnationalen brauchen sich also nicht mehr den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Frage des Reichskanzlers zu beantworten sei. Sie können die Einladung an einem nach rechts und links erweiterten Kabinett teilzunehmen ohne Risiko höhnisch zurückschleppen, denn die Bürgerblätter der Deutschen Volkspartei haben ja erklärt, daß sie ihnen trotzdem, und unter solchen Umständen sogar noch lieber, die Tür offen halten wollen. Die Deutsche Volkspartei hat die Kühnheit gehabt, zu versichern, sie erstrebe eine „Volksgemeinschaft“ und nicht etwa einen „Bürgerblock“. Das hat ihr zwar niemand geglaubt, aber sie hat bisher wenigstens nach außen hin den Schein gewahrt. Jetzt sabotiert sie die „Volksgemeinschaft“ die der Reichskanzler erstrebt. Dieser Plan muß und wird scheitern, weil Zentrum und Demokraten es ablehnen müssen an einem solchen Schlage gegen die „Volksgemeinschaft“ sich zu beteiligen. Die Deutsche Volkspartei die diesen Widerstand gegen ihre Pläne erkennt, erklärt drohend, daß sie sich ihre Handlungsfreiheit vorbehalten. Die Intrigenmacher sind also bereit, eine Regierungskrise heraufzubeschwören, wenn ihr Plan nicht den Beifall des Zentrums und der Demokraten findet. Sie wissen daß eine solche Krise in diesem Augenblick, die günstig eingeleiteten außenpolitischen Verhandlungen unterbrechen und vielleicht um ihr Ergebnis bringen, und daß auch der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung einen ungeheuren Nachteil für die deutsche Außenpolitik, eine kaum übersehbare Schädigung für die deutschen Interessen bedeuten würde. Ihr Gewissen fühlt sich dadurch nicht belastet, und das Vergnügen der Portfeuilleknechtung wird durch keine Rücksichten auf das deutsche Volk, die deutsche Außenpolitik, die deutschen Interessen gestört. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Deutsche Volkspartei durch ihr Verhalten eine Auflösung des Reichstages und Neuwahlen herbeiführen wird. Dann wird man die Wählerschaft fragen müssen, was sie über eine Partei denkt, die ihrer kleinen parlamentarischen und sonstigen Geschäften zuliebe die ruhige Entwicklung und die gerade jetzt beginnende wirtschaftliche Besserung wieder zunichte macht.

Der Reichskanzler stellt Richtlinien auf.

Wie bereits kurz gemeldet hat der Reichskanzler in der Besprechung mit den Deutschnationalen am Freitag auch die Absicht geäußert, bestimmte Richtlinien für die Führung der äußeren und inneren Politik zu entwerfen. Diese Richtlinien, die vom Kanzler in ihren Grundzügen bereits festgelegt sind sollen die Grundlage für die Zusammenfassung der in Betracht kommenden Parteien bilden. Auf Grund dieser Richtlinien werden die Verhandlungen mit den Fraktionen weitergeführt werden. Vor Mitte nächster Woche ist jedoch nicht mit dem Fortgang der Verhandlungen zu rechnen, da Amt-

gefahren. Hier
Delberg nicht
3 Jahre Spieler
spiele dieses Mal
sonst ein unent-
mag dies vielleicht
Beschäftigung des
ar, etwas ermüdet
erlage sehr eben-
odropport Wahrung
schönes Spiel
gute Erinnerung
Reues geschon
Delberg, 2 alle
erer Art doch in
noch die tabellöse
t gehabt hat und
erfolgs, der erst
Dr. Sinn.

Kuren!

reinigungsa-
golden-, Herz-
in-, Rheuma-,
gehaltens, wie
alkalische, Getr-
Krebs- und
r, Wärmern,
ist in ansehens-
riefel: — Ran
Rüdporto.
1,50.
enbauerstr. 17.
ele
rmannsdorf

Scherei
fi
auswärtige
Bleichmittel
ausgeschliffen
ung.
Erzgebirger
nruß 381.
hre
inten
schenmacher
m.
Sport
nitz,
her 7100.
R
massagen,
ung
e 18.
5. Okt.
ier.
kt.
ke.

SLUB
Wir führen Wissen.